

Sudan/Der Preis Khartums für die Abspaltung des Südens

Vor dem Referendum in Südsudan bleiben viele Fragezeichen

Der Südsudan wird ab kommendem Sonntag an der Urne seine Abspaltung beschliessen. Daran zweifelt auch in der Hauptstadt Khartum wohl niemand. Ob Präsident Omar al-Baschir den Süden aber ziehen lässt, hängt vom Preis ab, den die internationale Gemeinschaft zu zahlen bereit ist.

Die Gefahr eines neuerlichen Krieges ist nicht gebannt, auch wenn der 2005 geschlossene Friedensvertrag ein Abspaltungsreferendum vorsieht. Lange war unklar, ob dieses wie geplant vom 9. bis 15. Januar stattfindet.

Inzwischen sei ein Referendum sehr wahrscheinlich, sagt Martina Santschi, Sudan-Forscherin bei der Friedensstiftung swisspeace, gegenüber der Nachrichtenagentur SDA. "Wähler wurden registriert, Material verschickt und Wahlhelfer ausgebildet."

Unabhängigkeit im Juli

Im Juli läuft der Friedensvertrag aus. Spätestens dann wird der Südsudan seine Unabhängigkeit erklären, wie die "International Crisis Group" (ICG) in einem im November veröffentlichten Bericht schreibt.

"Im Norden reift die Erkenntnis, dass das Referendum nicht mehr abzuwenden ist", sagt Santschi. Die Gefahr sei, dass Al-Baschir das Resultat ablehne. Dies könnte den Süden dazu verführen, die Unabhängigkeit einseitig auszurufen.

Die Sudanesische Volksbefreiungsarmee (SPLM), die die Regierung im Süden stellt, sei sich der Gefahr eines solchen Schritts bewusst, der einen Verstoss gegen den Friedensvertrag darstelle, schreiben die Konfliktforscher der ICG. Obwohl Al-Baschir international isoliert sei, könne er dann auf Unterstützung von Regionalmächten, China und Russland hoffen.

Verhandlungen dauern an

Deshalb müssten die laufenden Verhandlungen endlich konkrete Resultate bringen. Dabei tritt vor allem der Norden auf die Bremse - "ein Versuch, von der SPLM und der internationalen Gemeinschaft erhebliche Zugeständnisse zu erhalten".

Die Post-Referendum-Verhandlungen unter Vermittlung der USA und der Afrikanischen Union begannen im Frühjahr 2010. Themen sind die Grenzziehung, Sicherheitsfragen, die Ressourcen (Erdöl, Wasser, Weiden), Währungsfragen, die Verteilung von Staatsvermögen und Schulden sowie die Bürgerrechte. Zuletzt drohte der Norden, allen Teilnehmern am Referendum das Bürgerrecht zu entziehen.

An einen neuen Krieg glaubt Santschi aber nicht: "Al-Baschir kalkuliert ganz genau und wird sich kaum einen weiteren Krieg im Südsudan leisten können." Er könne neben den Konflikten in Darfur nicht weitere kriegerische Auseinandersetzungen führen. Zudem habe er mehr zu gewinnen, wenn er den Süden loslasse.

Ein Anzeichen für eine positive Entwicklung gab es am Dienstag: Al-Baschir weilte zu Besuch in der künftigen südsudanesischen Hauptstadt Juba. Der südsudanesische Informationsminister liess dabei verlauten, Al-Baschir habe

angekündigt, die Unabhängigkeit des Südens anzuerkennen, sollte sie aus der Abstimmung hervorgehen.

Weitreichende Angebote für Al-Baschir

Eine Schlüsselrolle im politischen Poker spielen die USA. Sie hatten dem Norden im November ein weitreichendes Angebot unterbreitet - im Gegenzug forderten sie die Anerkennung des Abstimmungsergebnisses und die Lösung noch offener Konflikte.

Die Amerikaner stellten gemäss ICG in Aussicht, den Sudan von ihrer Terror-Liste zu streichen, die Beziehungen zu normalisieren und die US-Sanktionen aufzuheben. Zudem boten sie Finanzhilfen und einen Schuldenerlass.

Khartum kann auch darauf hoffen, dass die USA sich im UNO-Sicherheitsrat für einen Aufschub des Haftbefehls gegen Al-Baschir einsetzen. Dieser wird vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Kriegsverbrechen und Völkermord in der Darfur-Region gesucht.

Verbunden durch das Öl

Die USA hatten sich bereits früher engagiert, denn der Südsudan hat grosse Ölreserven. Entdeckt wurden diese zu Beginn des zweiten Bürgerkriegs (1983-2005) vom US-Konzern Chevron.

Inzwischen fördern nur noch zwei westliche Unternehmen Öl - Total aus Frankreich und eine schwedische Firma. US-Firmen zogen sich wieder zurück. In die Bresche sprangen vor allem China und arabische Staaten. Doch der Westen drängt nach und hofft auf stabile Verhältnisse.

75 Prozent der Ölfelder liegen im Südsudan, Ölraffinerie und Pipeline im Norden. Darum sei das Öl eine Chance, sagt Santschi. "Im Moment sind der Süden und der Norden wegen der Öleinnahmen aufeinander angewiesen."

Alte Konflikte

Aus Santschis Sicht besteht die Gefahr, dass im Süden alte Konflikte aufbrechen, wenn es um die Verteilung von Macht und Ressourcen geht. Zwar habe sich die von der grössten Volksgruppe der Dinka dominierte SPLM bemüht, andere Ethnien einzubinden. Doch letztere halten die Dinka für überrepräsentiert in der Regierung.

Zudem kehrten aus Angst Zehntausende aus dem Norden zurück. Auch wenn in Juba ein Bauboom herrscht, leidet das Land unter hoher Arbeitslosigkeit. Weder gibt es Industrie noch bietet die auf die Selbstversorgung ausgerichtete Landwirtschaft Arbeitsplätze.